|  |  |
| --- | --- |
| Briefe gegen das Vergessen - 1/3 | Juli 2018 |
| Drohende Gefängnisstrafe für Menschenrechtsanwältin | |
| Thailand | |
| Sirikan Charoensiri, alias June | |

|  |
| --- |
| Sirikan Charoensiri (auch als June bekannt) ist eine führende Menschenrechtsanwältin in Thailand, die regelmässig Personen vertritt, die wegen der friedlichen Wahrnehmung ihrer Menschenrechte strafrechtlich verfolgt werden. Seitdem sie 2015 pro-demokratische AktivistInnen der «Bewegung für neue Demokratie» vertreten hat, sieht sie sich selbst strafrechtlich verfolgt. Ihr wird unter Paragraf 368 des Strafgesetzbuchs das «Nichtbefolgen amtlicher Anordnungen» und unter Paragraf 142 das «Unterschlagen von Beweisen» vorgeworfen. Grund für diese Anklagen ist, dass sie der Polizei nicht erlaubt hatte, ihr Auto ohne entsprechenden Beschluss zu durchsuchen. Als die PolizeibeamtInnen daraufhin ihr Auto beschlagnahmten, erstattete Sirikan Charoensiri Anzeige wegen Dienstvergehen gegen sie. Im Zusammenhang mit dieser Anzeige wird sie zudem beschuldigt, bei der Polizei eine falsche Aussage gemacht zu haben. Im Fall einer Verurteilung in diesen drei Punkten drohen Sirikan Charoensiri insgesamt bis zu 15 Jahre Gefängnis.  Die Menschenrechtsanwältin wurde im September 2016 von den Polizeibehörden vorgeladen, weil man ihr vorwarf, gemeinsam mit den pro-demokratischen AktivistInnen, die sie verteidigt, rechtswidrige Aktivitäten durchgeführt zu haben. Sollte sie deswegen unter Anklage gestellt werden, droht ihr ein Verfahren vor einem Militärgericht. |

|  |
| --- |
| EMPFOHLENE AKTIONEN / FORDERUNGEN AUF DEUTSCH |
| Bitte schreiben Sie höflich formulierte Briefe in gutem Thailändisch, Englisch oder auf Deutsch **an den thailändischen Polizeipräsidenten** und fordern Sie ihn auf, sicherzustellen, dass alle polizeilichen Ermittlungen gegen Sirikan Charoensiri eingestellt werden, da diese lediglich mit der rechtmässigen Vertretung ihrer MandantInnen zusammenhängen. Auch die Strafverfolgung von anderen Personen, die sich für den Schutz der Menschenrechte einsetzen, muss umgehend gestoppt werden. |
|  |
| **🡪** Anrede: Dear Commissioner General / Sehr geehrter Herr Polizeipräsident |
|  |
| **🡪** Einen fertigen **Modellbrief auf Deutsch** zu diesem Fall finden Sie **auf Seite 4.** |

**🡪 Porto:** Europa: CHF 1.50 / übrige Länder: CHF 2.00

|  |  |
| --- | --- |
| **HÖFLICH FORMULIERTEN BRIEF SCHICKEN AN DEN POLIZEIPRÄSIDENTEN VON THAILAND:** | KOPIE AN |
| Commissioner General of Royal Thai Police Police General Chakthip Chaijinda Royal Thai Police Headquarters Rama 1 Road Pathumwan Bangkok, 10330 THAILAND | Botschaft von Thailand  Kirchstrasse 56 3097 Liebefeld  Fax: 031 970 30 35 E-Mail: [thai.bern@bluewin.ch](mailto:thai.bern@bluewin.ch) |

|  |  |
| --- | --- |
| Briefe gegen das Vergessen - 2/3 | Juli 2018 |
| Gewaltloser politischer Gefangener muss freigelassen werden | |
| Belarus | |
| Dzmitry Paliyenka | |

|  |
| --- |
| Der 23-jährige weissrussische Aktivist Dzmitry Paliyenka leistet derzeit eine zweijährige Haftstrafe wegen «Gewalt oder Gewaltandrohung gegen Angehörige der Strafverfolgungsbehörden» und «Produktion oder Verbreitung von pornografischem Material» ab, zu der er im Oktober 2016 verurteilt wurde. Die Anklagen waren konstruiert und bezogen sich auf eine Fahrraddemonstration in der Hauptstadt Minsk am 29. April 2016, mit der friedlich gegen die Einschränkungen für RadfahrerInnen protestiert wurde. Seit seinem Haftantritt im April 2017 wurde Amnesty International immer wieder berichtet, dass Dzmitry Paliyenka von den Gefängnisbehörden ins Visier genommen und unverhältnismässig streng behandelt wird. Er verbringt jeden Monat zehn Tage in Isolationshaft und sein monatliches Geldbudget wurde um ein Drittel gekürzt. Seine Post wird nicht an ihn weitergeleitet, und einige seiner Briefe werden nicht versandt.  Dzmitry Paliyenka ist ein gewaltloser politischer Gefangener, der nur wegen seines friedlichen Aktivismus ins Visier genommen wurde. |

|  |
| --- |
| EMPFOHLENE AKTIONEN / FORDERUNGEN AUF DEUTSCH |
| Bitte schreiben Sie höflich formulierte Briefe in gutem Weissrussisch, Russisch, Englisch oder auf Deutsch **an den Generalstaatsanwalt von Belarus** und fordern Sie ihn auf, Dzmitry Paliyenka umgehend und bedingungslos freizulassen, da er ein gewaltloser politischer Gefangener ist und lediglich wegen der friedlichen Wahrnehmung seiner Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit inhaftiert ist. |
|  |
| **🡪** Anrede: Dear Prosecutor General / Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt |
|  |
| **🡪** Einen fertigen **Modellbrief auf Deutsch** zu diesem Fall finden Sie **auf Seite 5.** |

**🡪 Porto:** Europa: CHF 1.50 / übrige Länder: CHF 2.00

|  |  |
| --- | --- |
| HÖFLICH FORMULIERTEN BRIEF SCHICKEN AN DEN GENERALSTAATSANWALT | KOPIE AN |
| Alyaksandr Kaniuk Attorney general Vul. Internatsionalnaya 22 220030 Minsk Belarus  Fax : +375 172 26 41 66 E-Mail : [info@prokuratura.gov.by](mailto:info@prokuratura.gov.by)  Facebook/Vkontakte/Instagram: prokuraturaby Twitter : @prokuraturab | Botschaft von Belarus Quartierweg 6 Postfach 153 3074 Muri b. Bern  Fax: 031 952 76 16 E-Mail: [switzerland@mfa.gov.by](mailto:switzerland@mfa.gov.by) |

|  |  |
| --- | --- |
| Briefe gegen das Vergessen - 3/3 | Juli 2018 |
| Routinemässige Drangsalierung und Einschüchterung eines ganzen Dorfes | |
| Israel / Besetzte palästinensische Gebiete | |
| Bewohnerinnen und Bewohner des Dorfes Nabi Saleh | |

|  |
| --- |
| Nabi Saleh ist ein kleines Dorf in den besetzten palästinensischen Gebieten, etwa 20 Kilometer nordwestlich der Stadt Ramallah im Westjordanland. Die 550 DorfbewohnerInnen werden von der israelischen Armee routinemässig drangsaliert und eingeschüchtert. Seit 2009 demonstrieren sie friedlich gegen die militärische Besatzung durch Israel. Sie protestieren zudem gegen die illegal errichtete israelische Siedlung Halamish, durch die sie fast ihr gesamtes Ackerland sowie den Zugang zu ihrer örtlichen Wasserquelle verloren haben. Die israelische Armee reagiert auf die friedlichen Proteste mit unverhältnismässiger und unnötiger Gewalt. Bisher sind bei solchen Einsätzen zwei Männer getötet worden: Mustafa und Rushdi Tamimi. Hunderte weitere Personen wurden verletzt. Bei der exzessiven Gewaltanwendung des israelischen Militärs gegen Demonstrierende handelt es sich möglicherweise um eine völkerrechtlich verbotene Kollektivstrafe.Derzeit werden 20 BewohnerInnen aus Nabi Saleh in israelischen Gefängnissen und Hafteinrichtungen festgehalten, darunter auch sieben Minderjährige. Viele der DorfbewohnerInnen haben ausserdem Morddrohungen über ihren Facebook-Account erhalten. Die bekannte inhaftierte 17-jährige Aktivistin Ahed Tamimi wurde kürzlich zu einer achtmonatigen Haftstrafe verurteilt. Diese steht in keinem Verhältnis zu der vermeintlichen Straftat, die sie begangen haben soll, und stellt einen unverblümten Einschüchterungsversuch aller Personen dar, die es wagen, die Menschenrechtsverstösse gegen die palästinensische Bevölkerung anzuprangern. |

|  |
| --- |
| EMPFOHLENE AKTIONEN / FORDERUNGEN AUF DEUTSCH |
| Bitte schreiben Sie höflich formulierte Briefe in gutem Hebräisch, Englisch oder auf Deutsch **an den israelischen Verteidigungsminister** und fordern Sie ihn auf, die BewohnerInnen von Nabi Saleh sowie alle palästinensischen AktivistInnen in den besetzten Gebieten, insbesondere Minderjährige, vor Drangsalierungen und willkürlicher Inhaftierung zu schützen, damit sie ihre Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit friedlich wahrnehmen können. Bitten Sie ihn, eine unabhängige und unparteiische Untersuchung durchzuführen, die der Todesursache von Mustafa und Rushdi Tamimi auf den Grund geht und diese öffentlich macht. Fordern Sie ihn ausserdem auf, sich für ein Ende des israelischen Siedlungsbaus in den besetzten palästinensischen Gebieten einzusetzen, da dieser gegen das humanitäre Völkerrecht verstösst. |
|  |
| **🡪** Anrede: Dear Minister / Sehr geehrter Herr Minister |
|  |
| **🡪** Einen fertigen **Modellbrief auf Deutsch** zu diesem Fall finden Sie **auf Seite 6.** |

**🡪 Porto:** Europa: CHF 1.50 / übrige Länder: CHF 2.00

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| HÖFLICH FORMULIERTEN BRIEF SCHICKEN AN DEN VERTEIDIGUNGSMINISTER | | KOPIE AN |
| Avigdor Lieberman Minister of Defence 37 Kaplan Street Hakirya Tel Aviv 61909 Israel | E-Mail :  [minister@mod.gov.il](mailto:minister@mod.gov.il) [pniot@mod.gov.il](mailto:pniot@mod.gov.il) [aliberman@knesset.gov.il](mailto:aliberman@knesset.gov.il)  Fax : +972 36916940 +972 3696275 +972 3691791 + 972 36962757 +972 25303367 | Botschaft von Israel Alpenstrasse 32 Postfach 3000 Bern 6  Fax: 031 356 35 56 E-Mail: [amb-sec@bern.mfa.gov.il](mailto:amb-sec@bern.mfa.gov.il) |

Absender:

Ort und Datum:

Betrifft: Sirikan Charoensiri (aka June)

Sehr geehrter Herr Polizeipräsident

Commissioner General of Royal Thai Police

Police General Chakthip Chaijinda

Royal Thai Police Headquarters

Rama 1 Road

Pathumwan

Bangkok, 10330

THAILAND

Sirikan Charoensiri (June) ist eine führende Menschenrechtsanwältin in Thailand. Sie vertritt regelmässig Personen, die wegen der friedlichen Wahrnehmung ihrer Menschenrechte strafrechtlich verfolgt werden. Nun wird sie selbst strafrechtlich verfolgt. Ihr wird unter Paragraf 368 des Strafgesetzbuchs das «Nichtbefolgen amtlicher Anordnungen» und unter Paragraf 142 das «Unterschlagen von Beweisen» vorgeworfen. Grund für diese Anklagen ist, dass sie der Polizei nicht erlaubt hatte, ihr Auto ohne entsprechenden Beschluss zu durchsuchen. Als die PolizeibeamtInnen daraufhin ihr Auto beschlagnahmten, erstattete Sirikan Charoensiri Anzeige wegen Dienstvergehen gegen sie. Im Zusammenhang mit dieser Anzeige wird sie zudem beschuldigt, bei der Polizei eine falsche Aussage gemacht zu haben. Im Fall einer Verurteilung in diesen drei Punkten drohen Sirikan Charoensiri insgesamt bis zu 15 Jahre Gefängnis.

Die Menschenrechtsanwältin wurde im September 2016 von den Polizeibehörden vorgeladen, weil man ihr vorwarf, gemeinsam mit den pro-demokratischen AktivistInnen, die sie verteidigt, rechtswidrige Aktivitäten durchgeführt zu haben. Sollte sie deswegen unter Anklage gestellt werden, droht ihr ein Verfahren vor einem Militärgericht.

Ich bin sehr besorgt über diese Situation und fordere Sie auf, sicherzustellen, **dass alle polizeilichen Ermittlungen gegen Sirikan Charoensiri eingestellt werden**, da diese lediglich mit der rechtmässigen Vertretung ihrer MandantInnen zusammenhängen.

Auch die Strafverfolgung von anderen Personen, die sich für den Schutz der Menschenrechte einsetzen, muss umgehend gestoppt werden.

Hochachtungsvoll

**Kopie:**

Botschaft von Thailand, Kirchstrasse 56, 3097 Liebefeld

Fax: 031 970 30 35 / E-Mail: thai.bern@bluewin.ch

Absender:

Ort und Datum:

Betrifft: Dzmitry Paliyenka

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt

Alyaksandr Kaniuk

Attorney general

Vul. Internatsionalnaya 22

220030 Minsk

BELARUS

Der 23-jährige weissrussische Aktivist Dzmitry Paliyenka leistet derzeit eine zweijährige Haftstrafe wegen «Gewalt oder Gewaltandrohung gegen Angehörige der Strafverfolgungsbehörden» und «Produktion oder Verbreitung von pornografischem Material» ab, zu der er im Oktober 2016 verurteilt wurde.

Die Anklagen waren konstruiert und bezogen sich auf eine Fahrraddemonstration in der Hauptstadt Minsk am 29. April 2016, mit der friedlich gegen die Einschränkungen für RadfahrerInnen protestiert wurde.

Seit seinem Haftantritt im April 2017 wurde Amnesty International immer wieder berichtet, dass Dzmitry Paliyenka von den Gefängnisbehörden ins Visier genommen und unverhältnismässig streng behandelt wird.

Ich bin sehr besorgt über diese Situation und fordere Sie auf, **Dzmitry Paliyenka umgehend und bedingungslos freizulassen**, da er **ein gewaltloser politischer Gefangener** ist und lediglich wegen der friedlichen Wahrnehmung seiner Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit inhaftiert ist.

Hochachtungsvoll

**Kopie:**

Botschaft von Belarus, Quartierweg 6, Postfach 153, 3074 Muri b. Bern

Fax: 031 952 76 16 / E-Mail: switzerland@mfa.gov.by

Absender:

Ort und Datum:

Betrifft: das Dorf Nabi Saleh

Sehr geehrter Herr Minister

Avigdor Lieberman

Minister of Defence

37 Kaplan Street

Hakirya

Tel Aviv 61909

ISRAEL

Die 550 BewohnerInnen des Dorfes Nabi Saleh werden von der israelischen Armee routinemässig drangsaliert und eingeschüchtert. Seit 2009 demonstrieren die Menschen friedlich gegen die militärische Besatzung durch Israel. Sie protestieren zudem gegen die illegal errichtete israelische Siedlung Halamish, durch die sie fast ihr gesamtes Ackerland sowie den Zugang zu ihrer örtlichen Wasserquelle verloren haben.

Die israelische Armee reagiert auf die friedlichen Proteste mit unverhältnismässiger und unnötiger Gewalt. Bisher sind bei solchen Einsätzen zwei Männer getötet worden: Mustafa und Rushdi Tamimi. Hunderte weitere Personen wurden verletzt.

Ich bin sehr besorgt über diese Situation und fordere Sie auf**, die BewohnerInnen von Nabi Saleh sowie alle palästinensischen AktivistInnen in den besetzten Gebieten, insbesondere Minderjährige, vor Drangsalierungen und willkürlicher Inhaftierung zu schützen**, damit sie ihre Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit friedlich wahrnehmen können.

Ich bitte Sie, **eine unabhängige und unparteiische Untersuchung durchzuführen, die der Todesursache von Mustafa und Rushdi Tamimi auf den Grund geht und diese öffentlich macht**.

Ausserdem fordere ich Sie auf, sich für ein Ende des israelischen Siedlungsbaus in den besetzten palästinensischen Gebieten einzusetzen, da dieser gegen das humanitäre Völkerrecht verstösst.

Hochachtungsvoll

**Kopie:**

Botschaft von Israel, Alpenstrasse 32, Postfach, 3000 Bern 6

Fax: 031 356 35 56 / E-Mail: amb-sec@bern.mfa.gov.il